

# Der nächste Versuch

Kantone, Gewerkschaften und Bund ringen beim Rahmenabkommen um eine Lösung

Von Dominik Feusi, Bern

Das Treffen im Bernerhof, dem Sitz des Eidgenössischen Finanzdepartements, dauerte genau eineinhalb Stunden. Mit dabei: drei Bundesräte, Kantonsvertreter und die Sozialpartner. Das einzige Thema: das Rahmenabkommen mit der EU.

«An unserer Position ändert sich nichts», sagte Paul Rechsteiner, Präsident des Gewerkschaftsbunds, nach dem Treffen. Der Lohnschutz sei die Voraussetzung für die Bilateralen gewesen und werde es auch in Zukunft sein. Als eine halbe Stunde später Bundespräsident Alain Berset auf die Strasse trat, sagt er lediglich: «Es ist immer interessant, einen Austausch zu pflegen.»

Die Verhandlungen über das Rahmenabkommen sind abgeschlossen. Brüssel hat sie mit den Verhandlungen mit Grossbritannien über den Brexit verknüpft. Briten und Schweizer haben dies akzeptiert. Nachdem der Deal mit London unter Dach und Fach ist, gibt es aus Brüsseler Sicht keinen Spielraum mehr für die Schweiz.

## Jeder ist dagegen

Dem Bundesrat liegt offenbar ein unterschrittsreifer Text vor. Allerdings verstösst er gegen die sogenannten «roten Linien», die sich der Bundesrat vor fünf Jahren im Verhandlungsmandat selber gesetzt hatte. Das Abkommen sieht gemäss regierungsnahen Quellen eine Halbierung der Acht-Tage-Regel vor für die Voranmeldung von ausländischen Betrieben, die in der Schweiz tätig sein wollen.

Die Gewerkschaften bekräftigten gestern, dass sie dies nicht akzeptieren. Auch soll die Kautionspflicht auf Firmen beschränkt werden, die schon einmal gegen die Lohnschutzmassnahmen verstossen haben. Dies stösst auf den Widerstand des Gewerbeverbands. Auch die Unionsbürgerrichtlinie soll im Abkommen enthalten sein. Diese wird nicht nur von der SVP, sondern auch von der FDP und der CVP abgelehnt. Ein Verbot von staatlichen Beihilfen, ebenfalls Teil des Abkommens, würde die Kompetenzen der Kantone einschränken. Die Kantone

lehnen materielle Regeln über Beihilfen ab. Das bestätigte gestern auf Anfrage der St. Galler Regierungsrat und Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, Benedikt Würth.

Mit einem Rahmenabkommen würde die EU-Kommission die Einhaltung der EU-Regeln in der Schweiz überwachen. Bei einem Streit gäbe der EU-Gerichtshof die Auslegung vor, und bei Unklarheit hätte er das letzte und bindende Wort. Hinzu käme die Verpflichtung zum Nachvollzug von EU-Recht in allen Aspekten des Binnenmarkts. Eine Weiterentwicklung der Unionsbürgerrichtlinie oder Veränderungen der Personenfreizügigkeit oder der Entsenderichtlinie mit dem Lohnschutz müsste die Schweiz übernehmen. Andernfalls würde sie das Dahinfallen aller fünf im Rahmenabkommen geregelten Marktzugangsabkommen riskieren. Die heutige Guillotine-Regelung, die das erste Paket der Bilateralen miteinander verbindet, würde zur «Super-Guillotine».

## «Es gibt nix!»

Im Bundeshaus kursierte die Variante, die strittigen Punkte in einem Anhang zum Rahmenabkommen als offene Punkte zu erwähnen und weitere drei Jahre zu verhandeln. Doch Gewerkschaftspräsident Rechsteiner winkt vehement ab: «Es gibt nix!» Adrian Wüthrich, Präsident des Gewerkschaftsverbands Travailsuisse, warnte den Bundesrat vor einem solchen Manöver: «Wir werden uns nicht so einfach täuschen lassen.» Nach der Dreijahresfrist, könnte die EU ihre Regeln mit dem Streitbeilegungsverfahren durchsetzen.

An seiner Sitzung vom kommenden Freitag hat der Bundesrat nur zwei Möglichkeiten: Entweder genehmigt er die Paraphierung des Abkommens durch den Verhandlungsleiter, Staatssekretär Roberto Balzaretto, oder er lehnt den Deal ab.

Letzteres könnte er mit unüberbrückbaren innenpolitischen Problemen begründen, ohne allzu viel Geschirr zu zerschlagen. Im Unterschied zu Grossbritannien verfügt die Schweiz über ein Freihandels- und mehrere Marktzugangsabkommen.



«Es ist immer interessant.» Ignazio Cassis (l.) und Alain Berset an den Von-Wattenwyl-Gesprächen im November in Bern. Foto Keystone

## Pierre Maudet bleibt in Genf

Genfer Staatsrat stellt sich nicht den Fragen der FDP Schweiz

**Bern.** Der Genfer Staatsrat Pierre Maudet reist heute nicht nach Bern, um sich den Fragen des FDP-Vorstands zu seiner umstrittenen Reise nach Abu Dhabi zu stellen. Rücktrittsfordernungen erteilte er gestern eine Absage. Maudet räumte der Sitzung des Genfer Staatsrats Priorität gegenüber der Vorladung der FDP Schweiz ein, antwortete sein Departement am Dienstag auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA. Der angeschlagene Sicherheitsdirektor nimmt an einer Sitzung der Kantonsregierung teil.

Eigentlich wollte die FDP-Partei heute von ihm selbst hören, was er zur Affäre zu sagen habe, sagte FDP-Mediensprecherin Karin Barras am Montag der SDA. Aufgeboten wurde auch der Präsident der FDP Genf, Alexandre de Senarclens.

## «Ein Rücktritt wäre zu einfach»

Die FDP Schweiz habe noch keine offizielle Antwort von Maudet auf die Vorladung erhalten, sagte FDP-Vizepräsident Andrea Caroni gestern Abend. Die Einladung behalte ihre Gültigkeit. «Er kann nur gewinnen, wenn er kommt», fügte Caroni an. Das bereits angespannte Verhältnis zwischen dem früheren Hoffnungsträger und seiner Mutterpartei hat sich in der letzten Woche noch einmal verschlechtert. «Befände ich mich in einer vergleichbaren Situation, wäre ich bereits zurückgetreten», sagte FDP-Vizepräsidentin Petra Gössi in der «Tagesschau» von SRF am letzten Freitag. Sie sehe nicht, wie Maudet seine Glaubwürdigkeit wieder herstellen könne.

Maudet sagte dazu gestern in der Westschweizer Tagesschau, er sei erstaunt über diese Aufforderung. Einen Rücktritt lehnte er weiterhin ab: «Das wäre zu einfach.» Er werde weiterhin mit der Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten. Deshalb könne er im Moment auch nicht frei sprechen. Die FDP Schweiz verfügt über keine Sanktionsmittel gegen den Genfer. Sie hat keine Möglichkeit, ein Mitglied einer Kantonalpartei aus der Partei zu werfen. Eine Möglichkeit wäre es, die ganze Genfer Sektion auszuschliessen, wenn Parlamentswahlen anstehen. Auch wäre es möglich, dass die Kantonalpräsidenten die Genfer Sektion auffordern, ein Mitglied auszusperrern.

In der Zwischenzeit fordert eine Onlinepetition Maudet zum Rücktritt auf. Am Dienstagnachmittag hatten über 5750 Personen unterzeichnet. SDA

## Bahn verliert Marktanteil

Mehr Güterverkehr auf Strasse

**Neuenburg.** Nach vierjährigem Aufwärtstrend hat die Bahn im Güterverkehr 2017 wieder Marktanteile an die Strasse abtreten müssen. Hauptgrund ist der Unterbruch der deutschen Rheintalstrecke. Während die Strasse um 1,5 Prozent zulegen konnte, nahmen die Transportleistungen im Schienen-güterverkehr letztes Jahr um sieben Prozent ab. Das geht aus der gestern vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Gütertransportstatistik hervor.

Beide Verkehrsträger zusammen beförderten 27,3 Milliarden Tonnenkilometer (tkm), 1,8 Prozent weniger als 2016. Ein tkm entspricht der Beförderung einer Tonne über einen Kilometer. Der Anteil der Strasse lag bei 63 Prozent, jener der Schiene bei 37 Prozent. Damit büsste die Bahn im Vergleich zum Vorjahr zwei Prozent ein.

Von diesem Rückgang war der Transitverkehr mit einem Minus von 8,3 Prozent besonders betroffen. Das BFS führt dies vorab auf die siebenwöchige Sperrung der Rheintalstrecke bei Rastatt (D) zurück. Ein Teil des Containerverkehrs musste in der Folge auf die Rheinschiffahrt verlagert werden. In den Rheinhäfen in Basel wurden 4,4 Prozent mehr Transporteinheiten umgeschlagen.

Auf der Strasse dagegen blieb die Transportmenge nach fünf Rückgängen in Folge mit 11,7 Millionen Tonnen unverändert. SDA

## Belastende Studie wurde verschwiegen

Negative Affen-Tests zur künstlichen Bandscheibe wurden bei der Prüfstelle nicht eingereicht

Von Catherine Boss und Oliver Zihlmann

**Bern.** Im Medizin-Skandal brach der Wissenschaftler Thomas Steffen gestern sein Schweigen. Er hat zusammen mit dem Berner Professor die künstliche Bandscheibe Cadisc-L mitentwickelt. Die Prothese war zuerst an Affen getestet worden und zeigte verheerende Resultate. Trotzdem wurde sie danach an Menschen eingesetzt. Steffen sagte in der Sendung «10 vor 10» des Fernsehens SRF, die Patienten hätten erst nach zwei Jahren Beschwerden gezeigt. Später habe man Behörden und Ärzte gewarnt. Er gibt zu, dass es in der Firma Druck von Investoren gegeben habe: «Ich glaube, dass man bei Ranier die Sache hätte besser machen können.» Aber wenn man gewinnen wolle, müsse man auch etwas wagen.

In der Affäre spielt ein Bericht eines britischen Radiologen eine wichtige Rolle. Der Spezialist war von der Herstellerfirma Ranier Technology beauftragt worden, Röntgenbilder aus einem Versuch an Affen zu begutachten. Sein Befund war negativ. Bereits sechs Monate nach Implantation zeigten vier von fünf Affen gravierende Probleme.

## Klares Urteil der Experten

Das Recherchedesk der Tamedia hat den Radiologie-Bericht Experten gezeigt. Es ging darum, die Frage zu klären, ob der britische Radiologe mit seiner Kritik vielleicht übertrieben hatte.

Die Spezialisten, die nicht mit Namen in der Zeitung stehen möchten, kommen zu einem klaren Urteil: Die Probleme der Affen, die der britische Radiologe sah, seien real.

Der Chefarzt eines renommierten Wirbelsäulenzentrums der Schweiz sagt: «Im uns vorliegenden radiologischen Bericht zu fünf Versuchs-tieren wird sechs Monate nach Implantation von «beunruhigenden Veränderungen» des Knochens gesprochen. Nach Rücksprache mit dem Chefarzt Radiologie können wir diese Beurteilung aufgrund der Erosionen des Knochens, die man auf den Bildern sieht, gut nachvollziehen.» Auch ein stellvertretender Chefarzt der Orthopädie eines anderen Spitals konnte in den Bildern die Probleme sofort nachvollziehen.

Die Firma Ranier Technology testete einen Prototyp der künstlichen Bandscheibe namens Cadisc-L an neun Pavianen in zwei verschiedenen Versuchen. Der erste Versuch an vier Primaten versagte, weil das Implantat laut Dokumenten von Ranier falsch eingesetzt wurde. Ein Pavian starb an Nierenversagen, weil sein Ejakulat, vermutlich verursacht durch die Implantation, rückwärts in die Harnblase ging. In der Fachsprache nennt man das «retrograde Ejakulation» – ein Problem, das später auch Patienten mit der Cadisc-L hatten.

Der zweite Versuch an fünf Pavianen führte im Juni 2009 zum negativen

Radiologie-Bericht. Vier Monate später wurde die Bandscheibe zuerst an 29 Menschen getestet, dann im August 2010 auf den Markt gebracht. Zurzeit wird sie europaweit bei Patienten herausoperiert. Sie hatte sich im Rücken zersetzt.

Die beiden Professoren hatten bisher trotz mehrmaliger Anfragen das Gespräch verweigert. Max Aebi schweigt noch immer. Das alarmiert selbst seine Universität: «Wir halten es für sehr angezeigt, dass sich Professor Aebi zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen äussern sollte», schrieb die Universität Bern gestern.

## Affen vergeblich getötet

Bevor das Implantat im August 2010 auf den Markt gebracht werden konnte, brauchte Ranier Technology die Zertifizierung für den europäischen Markt. Hersteller müssen privaten Prüfstellen dafür ein ganzes Dossier einreichen. In diesem Fall war es die britische Prüfstelle BSI. Sie sagt auf Anfrage des Norddeutschen Rundfunks (NDR): Sie verlange alle technischen und klinischen Informationen, die vorgeschrieben seien. Und dann folgt der Satz: «We do not have any records of the baboon study» – wir haben keine Dokumente zu einer Pavian-Studie. Die Probleme in den Affenversuchen waren der Prüfstelle also nicht bekannt gemacht worden.

Für Professor Kurt Racké vom Vorstand des Arbeitskreises Medizinischer

Ethik-Kommissionen Deutschlands ist das unfassbar. «Da werden erst Tiere geopfert, Primaten sogar, um Erkenntnisse zu gewinnen, und dann werden die Erkenntnisse negiert. Das ist zweimal schlimm», sagt er.

Nun fragt sich: Wurden die negativen Affen-Tests nicht eingereicht, weil dies das Implantate-Projekt gefährdet hätte?

Swissmedic, die Schweizer Heilmittelbehörde, erklärt die Regeln, die in ganz Europa gelten: «Wenn ein Geschwister für einen klinischen Versuch an Menschen Unterlagen zu Tierversuchen einreichen würde, die negative Resultate zeigen, würde der Versuch nicht bewilligt», sagt Swissmedic-Sprecherin Danièle Bersier.

## Implant Files

**Zürich.** Medizinprodukte und Implantate sind ein Milliardengeschäft. Der Markt bei den über 65-Jährigen wächst bis 2030 laut UBS um 60 Prozent. Doch der Boom hat Opfer. Zu viele unausgereifte und gefährliche Implantate kommen auf den Markt. Dies zeigen die Implant Files, eine Recherche von 58 Medien unter dem Dach des International Consortium for Investigative Journalists. Recherchedesk und Datenteam von Tamedia berichten diese Woche über die Schweizer Ergebnisse.